

Federf. Stadamt: Organisations- und Personalamt

<b>Vorlage für den</b>	Berichterstatter	Sitzung am	Punkt
Haupt- und Finanzausschuss	Bürgermeister Roland	04.12.2008	
Rat	Bürgermeister Roland	11.12.2008	

öffentliche Sitzung

**Betrifft: Stellenplan 2009**

**Begründung:**  
(ggf. zusätzlich)

**A. Vorbemerkungen**

- Im Zeitraum von 1993 bis 2007 sank die Gesamtzahl der Stellen der Verwaltung kontinuierlich. Weit über 300 Stellen wurden in dieser Periode zur Konsolidierung des Haushaltes abgebaut. Sehr erfolgreich umgesetzt wurde auch das von der Verwaltung im Jahr 2006 vorgelegte umfangreiche HSK-Paket, das im Stellenplan 2007 mit der Einsparvorgabe von 18 Stellen seinen Niederschlag fand. Das Einsparungspotential von knapp einer 1 Mio. € konnte schneller als erwartet schon zu fast 90 % realisiert werden.
  
- Seit diesem Jahr, seit 2008 ist die Entwicklung gegenläufig. Ursächlich dafür ist nicht etwa ein Nachlassen in den städt. Konsolidierungsbemühungen, sondern kausal dafür sind fremdbestimmte Einflüsse, welche die Stadt weder zu vertreten hat noch beeinflussen kann.
  
- Im Jahr 2008 stieg die Zahl der Planstellen inklusive des Nachtragsstellenplans von 727,9 auf 747,8. Der gesamte Zuwachs von 19,9 Stellen entfiel fast ausschließlich auf die
  - ⇒ Übernahme von 2 Kath. Kindergärten (= 13,4 Planstellen) und
  - ⇒ Aufstockung bei der Feuerwehr wegen der Kürzung der Wochenarbeitszeit (= 5 Planstellen).

Allein durch diese zwei Maßnahmen ist der Effekt des HSK-Paketes 2006/2007 wieder aufgebraucht.

<b>Mitzeichnungen</b>					
Bürgermeister:	Erster Beigeordneter:	Stadtkämmerer:	Beigeordneter	Stadtbaurat:	Rechtsamt:
Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:	Datum:
_____	_____	_____	_____	_____	_____

Zahl der erforderlichen Protokollauszüge: \_\_\_\_\_

- Der Trend der Fremdbestimmung setzt sich auch im kommenden Jahr fort. So gründen sich fast 2/3 der Mehrkosten des Stellenplans 2009 auf
  - ⇒ Neues Kommunales Finanzwesen (NKF)
  - ⇒ Kinderbildungsgesetz (Kibiz)
  - ⇒ Jedem Kind ein Instrument (JeKi)

Ohne die nachhaltigen Bemühungen zur Haushaltskonsolidierung (siehe Stelleneinsparungen) würde der Gesamtzuwachs von 1,4 Stellen deutlich höher ausgefallen sein.

## B. Finanzielles Ergebnis des Stellenplanentwurfs 2009

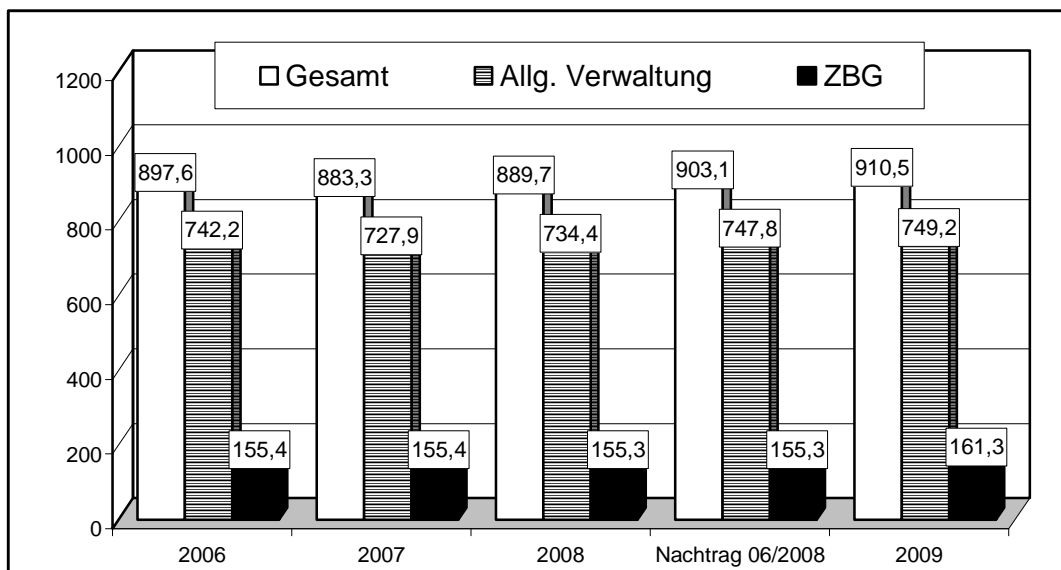
Der Stellenplanentwurf 2009 weist einen strukturellen, finanziellen Mehraufwand von **338.115 € jährlich** aus, der sich wie folgt zusammensetzt:

⇒ Einsparungen durch Stellenabbau	-	187.230 €
⇒ Mehrkosten durch Stellenumwandlungen	+	106.905 €
⇒ Mehrkosten durch Stelleneinrichtungen	+	418.440 €

## C. Entwicklung des Stellenvolumens

Der Stellenplanentwurf sieht die Streichung von 1,4 Stellen vor. Unter Berücksichtigung von 5,5 im Jahr 2008 realisierten Kw-Vermerken ergibt sich zunächst eine Gesamtverminderung von 6,9 Planstellen, der jedoch ein Zuwachs von 8,3 neuen Planstellen gegenübersteht. Insgesamt steigt die Zahl der Planstellen der Verwaltung um 1,4 von 747,8 auf 749,2.

Die nachfolgende Grafik zeigt die Stellenentwicklung ab 2006 (Beginn der Vollzeitverrechnung):



## **D. Stelleneinsparungen**

Neben der schon genannten Streichung von 1,4 Planstellen ist vorgesehen, zusätzlich an 2 Planstellen Kw-Vermerke anzubringen (s. Anlage 2 a).

Die beabsichtigten Einsparungsmaßnahmen resultieren aus der Neuorganisation des Baudezernats, einer HSK-Maßnahme im Bürgeramt, der weiteren Privatisierung im Reinigungswesens sowie Kompensationsmaßnahmen (Kw -Vermerke) im Zusammenhang mit der Neueinrichtung „Amtsleitung St.A. 60“ und der Stundenaufstockung in einem Vorzimmer.

## **E. Stellenumwandlungen**

Die im Stellenplanentwurf enthaltenen Stellenumwandlungen (s. Anlage 2 b) gliedern sich wie folgt auf:

⇒ 13,5 Stellen	Übernahme qualifizierter Aufgaben
⇒ 5 Stellen	wertgleiche Umwandlung
⇒ 2 Stellen	niedrigere Ausweisung infolge Stellenneubewertung ( 1 x Ku-Vermerk).

## **F. Stellenneueinrichtungen**

Der Stellenplanentwurf (s. Anlage 2c) sieht die Einrichtung von insgesamt 8,3 Vollzeitstellen vor.

### **1. Einrichtung einer Stelle im Amt für Immobilienwirtschaft**

Im Zusammenhang mit der Umstrukturierung des Baudezernats und der Bildung des neuen Amtes für Immobilienwirtschaft wird eine Planstelle für die Amtsleitung benötigt. Im Gegenzug erhält die Stelle des Leiters des bisherigen Hochbauamtes einen Kw-Vermerk (s. Stelleneinsparungen).

### **2. Aufstockung von 0,5 auf Vollzeitstelle im Vorzimmer Stadtkämmerer**

Der Vorzimmerdienst des Stadtkämmerers, bestehend aus einer Teilzeitstelle, soll auf eine Vollzeitstelle aufgestockt werden. Dafür erhält eine Vollzeitstelle beim Amt für kommunale Finanzen einen Kw-Vermerk (s. Stelleneinsparungen).

### **3. Stundenaufstockung beim Amt für kommunale Finanzen**

#### **3.1 Anlagenbuchhaltung**

Zu den Aufgabenstellungen des neuen Rechnungswesens gehört die systematische Dokumentation des Wertes von Vermögensgegenständen (Grundstücke, Gebäude, Straßen u. Verkehrsanlagen etc.) sowie vermögensbezogene Passivposten (Sonderposten und Rückstellungen).

Für die Anlagenbuchhaltung reicht eine Planstelle, die außerdem auch noch den Aufgabenbereich „Kosten/ Leistungsrechnung“ abzudecken hat, nicht mehr aus. Aus diesem Grund soll die Arbeitszeit der Planstelle 1650 von 0,5 auf Vollzeit angehoben werden.

#### **3.2 Stadtkasse**

Die Inhaberin der Planstelle 1373 nimmt seit einiger Zeit in Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt zusätzliche Kontrolltätigkeiten wahr. Ihre Arbeitszeit wurde daher zunächst befristet von 19,25 auf 25 Wochenstunden erhöht. Da die Kontrolltätigkeiten weiterhin erforderlich sind, ist die Arbeitszeit dauerhaft anzuheben.

Darüber hinaus ist durch NKF die Anzahl der Auszahlungsanordnungen von rd. 50.000 auf 70.000 gestiegen. Festzustellen ist ferner ein erhöhter Aufwand infolge der Verdreifachung der Einnahmehauptbuchungsstellen. Insgesamt ergibt sich hierdurch eine Erhöhung der Arbeitszeit auf 30 Wochenstunden.

### **4. Musikschullehrer/innen**

Auf der Basis der Landesinitiative zum Kulturhauptstadtjahr 2010 ist das Förderprogramm „Jedem Kind ein Instrument“ (JeKi) an den Gladbecker Grundschulen angelaufen. Der Einstieg erfolgte im Sommer 2007 und konnte im Rahmen verfügbarer Stundenkontingente für drei teilnehmende Grundschulen organisiert werden.

Zum Schuljahr 2008/2009 werden weitere fünf Grundschulen mit ihren Eingangsklassen dazukommen und die bisher beteiligten Schulen weitere Schülergruppen aufnehmen.

Die Anzahl der projektbeteiligten Schulen und Schüler/-innen erfordert eine Verstärkung der Musikschule um zwei zusätzliche Musikschullehrer/innen.

Die Musikschulleitung schätzt, dass die höheren Personalkosten durch Projektmittel des Landes, Stipendien und Elternbeiträge gegenfinanziert werden können.

## **5. Erzieher/in**

Mit dem zum 01.08. d.J. in Kraft getretenen neuen Kinderbildungsgesetzes (Kibiz) werden die Betreuungszeiten in den Tageseinrichtungen für Kinder von 25 auf bis zu 45 Wochenstunden ausgedehnt. Die Anmeldungen zum Kindergartenjahr 2008/2009 zeigen, dass dieses Angebot sehr stark angenommen wird.

Das derzeit in den Kindertageseinrichtungen vorhandene Personal reicht nicht aus, um die erhöhten Betreuungszeiten abzudecken. In einem ersten Schritt sollen deshalb zwei weitere Planstellen für Erzieher/innen eingerichtet werden, wobei bereits abzusehen ist, dass diese personelle Verstärkung auf Sicht nicht ausreichen wird, um die im Zusammenhang mit dem neuen Gesetz anfallenden Tätigkeiten wahrzunehmen.

## **6. Mitarbeiter/in Elternbeiträge**

Beginnend mit dem Sommer 2003 werden inzwischen in Gladbeck in Trägerschaft der Elternfördervereine und der freien Träger der Jugendhilfe 13 der 15 städtischen Grundschulen im offenen Ganztags (OGS) geführt. Für das Schuljahr 2008/09 sind ca. 600 Kinder in den Angeboten der OGS aufgenommen.

Bislang wurden die Elternbeiträge von jedem Träger selbst festgesetzt. Die Träger der OGS drängen nunmehr darauf, dass die Stadt Gladbeck - entsprechend den gesetzlichen Vorgaben und wie auch in anderen Kommunen und im Kindertagesbereich üblich - die Elternbeiträge festsetzt, einzieht und ggfs. beiträgt.

Vor diesem Hintergrund ist beabsichtigt, die Elternbeiträge ab dem 01.08.2009 per Satzung, die an die Beitragssatzung für Tageseinrichtungen in der Jugendhilfe angelehnt werden soll, festzusetzen und einzuziehen. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben erfordert eine zusätzliche Stelle, die dem Sachbereich „Beitragsstelle für Tageseinrichtungen für Kinder“ im Amt für Familie, Jugend und Soziales zugeordnet werden soll, da die Aufgaben identisch sind und durch diese organisatorische Regelung eine Vertretung sichergestellt werden kann.

## **7. Sachbearbeiter/in Planung/Qualitätskontrolle bei St.A. 66 – Abt. Stadtgrün**

Nach Abschluss umfangreicher Vorbereitungsarbeiten steht nunmehr ein ausagefähiges Grünflächeninformationssystem zur Verfügung. Hierauf basierend soll ein Qualitätsmanagement für die Freiflächen entwickelt werden. Dazu müssen zunächst Qualitätsziele festgelegt und eine Qualitätskontrolle aufgebaut werden, die die Pflege- und Unterhaltungsleistungen der damit beauftragten Unternehmen sowie des ZBG überprüft. Hierzu sind zusätzliche Personalkapazitäten erforderlich.

Darüber hinaus wird es notwendig, die Planstelle des Abteilungsleiters zu entlasten, dessen Arbeitskapazitäten durch umfangreiche Projekte der Freiflächenplanung (Renaturierung Boye und Zuflüsse, Entwicklung Gladbecker Freizeitlandschaft, Masterplan Innenstadt) nahezu vollständig gebunden sind. Hinzu kommt, dass durch die EU-Gesetzgebung und eine damit verbundene veränderte Förderkulisse, Förderanträge der Stadt Gladbeck einen wesentlich höheren Bearbeitungsaufwand nach sich ziehen.

Aus den geschilderten Gründen wird die Einrichtung einer Ingenieurstelle erforderlich.

## **G. Beteiligung des Personalrates**

Der Personalrat hat zum Stellenplanentwurf der Verwaltung mit Schreiben vom 03.11.2008 Stellung genommen (s. Anlage 3).

Mit Ausnahme des Vorschlags Nr. III/3, der in den Stellenplanentwurf der Verwaltung eingearbeitet worden ist, schließt sich die Verwaltung den Vorschlägen des Personalrats aus folgenden Gründen nicht an:

### **Planstelle 159 beim Amt für Immobilienwirtschaft**

Im Zusammenhang mit der Neuorganisation des Baudezernats wurde eine zentrale Verwaltungsstelle gebildet, die sämtliche Verwaltungsaufgaben des Dezernats wahrnimmt. Neben besseren Vertretungsregelungen ergeben sich aus dieser Konzentrierung Synergieeffekte, die entgegen der Auffassung des Personalrats eine entsprechende Stundenreduzierung bei der Planstelle 159 rechtfertigen.

### **Planstelle 1266 beim Amt für kommunale Finanzen**

Verbunden mit der Aufstockung der Personalkapazitäten im Vorzimmer des Stadtkämmerers ist auch eine Neuausrichtung des Schreibdienstes im Amt für kommunale Finanzen. Durch die Verlagerung von Schreibarbeiten aus diesem Bereich auf den Vorzimmerdienst des Stadtkämmerers kann zukünftig hier auf eine Schreibkraftstelle verzichtet werden.

### **Planstelle 1064 beim Bürgeramt**

Nach den Darstellungen des Bürgeramtes ist auch nach der vorgesehenen Stundenreduzierung eine bürgerfreundliche Aufgabenwahrnehmung gewährleistet. Aus diesem Grund besteht auch keine Veranlassung, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2002 beschlossene Massnahme nicht zu realisieren.

## Einrichtung von zwei Planstellen für Erzieher/innen

Die Verwaltung hat in der Begründung zur Einrichtung der vorg. Planstellen bereits dargestellt, dass diese personelle Verstärkung auf Sicht nicht ausreichen wird, um die im Zusammenhang mit dem neuen Kinderbildungsgesetz (Kibiz) anfallenden Tätigkeiten wahrzunehmen. Insofern kann sie die vom Personalrat vertretene Auffassung nachvollziehen, allerdings mit dem Unterschied, dass eine sofortige weitere Personalverstärkung nicht für erforderlich gehalten wird.

## Umwandlung der Stellen des Ermittlungsdienstes des Ordnungsamtes

### Umwandlung der Planstelle 1234 beim Ordnungsamt

Ob die vom Personalrat dargestellten Veränderungen im Aufgabenzuschnitt der vg. Planstellen eine höhere Bewertung rechtfertigen, bedarf einer intensiven Überprüfung. Die Verwaltung wird diese Angelegenheit aufgreifen und unter Beteiligung des Fachamtes eine Neubewertung vornehmen.

Für den Fall, dass die Tätigkeitsmerkmale einer höheren Entgeltgruppe erfüllt werden, erfolgt eine Aufnahme in den Stellenplan 2010. Bis zur förmlichen Anhebung würden den Stelleninhaberinnen/Stelleninhabern entsprechende Zulagen gewährt.

### Finanzielle Auswirkungen:

keine

folgende

### Ergebnisrechnung

Ertrag	€
einmalig	
jährlich	

Aufwand	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Personalaufwand	
Sach- und Dienstleistungen	
Transferaufwand	

### investiver Finanzplan

Einzahlung	€
einmalig	
jährlich	
<i>darin enthalten:</i>	
Zuschüsse	
Beiträge Dritter	

Auszahlung	€
einmalig	
jährlich	

Haushaltsmittel stehen:  zur Verfügung  nicht zur Verfügung

**Beschlussentwurf:**

Der Stellenplan 2009 wird entsprechend dem beigefügten Tabellenwerk - Anlage 1 - beschlossen.

Der Bürgermeister

Ulrich Roland

---

In der Sitzung des

\_\_\_\_\_-Ausschusses

Rates

Haupt- und Finanzausschusses

am \_\_\_\_\_ (nicht - öffentlicher Teil) wurde wie folgt beschlossen: